



Deutsche Stiftung für
Recht und Informatik

Update Internationales und Europäisches IT-Steuerrecht

Julia Sinnig, LL.M.
Universität Luxemburg

Herbstakademie 2020

Inhalte

1. Internationales Steuerrecht

- Vertiefung des OECD-Vorschlags zur „einheitlichen Herangehensweise“
- Vorschlag des Art. 12B des UN-MA

2. Europäisches Steuerrecht

- RL-Vorschläge Digitalsteuer und signifikante digitale Präsenz
- Rechtsprechungsübersicht: Rs. C-75/18 und C-482/18
- Beispiele nationaler Digitalsteuern

3. Zusammenfassung und Ausblick

1. Internationales Steuerrecht

- Vertiefung des OECD-Vorschlags zur „einheitlichen Herangehensweise“
 - BEPS Aktionspunkt 1
 - Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren Oktober-November 2019
 - Vorschlag der „einheitlichen Herangehensweise“ („*unified approach*“) – erste Säule zur Anpassung der Nexusregeln
 - Vereinheitlichung dreier zunächst vorgestellter Vorschläge: „*user participation approach*“, „*marketing intangibles approach*“ und „*significant economic presence*“
 - Besteuerung im Nutzer- bzw. Marktstaat, die nicht auf physische Präsenz abstellt – nicht nur digitalisierte Geschäftsmodelle

1. Internationales Steuerrecht

➤ Vertiefung des OECD-Vorschlags zur „einheitlichen Herangehensweise“

➤ *Statement by the OECD/G20 Inclusive Framework* – Januar 2020

- Bestätigung des Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahrens: breit angewendete Besteuerungsmaßnahme
- Betroffene Steuerzahler: automatisierte digitale Dienstleistungen und verbraucherorientierte („*consumer-facing*“) Unternehmen
- Abgrenzung Anwendungsbereich durch Einführung von Schwellenwerten
- Unterteilung Erträge: Beträge A, B und C

1. Internationales Steuerrecht

- **Vorschlag eines neuen Art. 12B des UN Musterabkommen**
 - Ende Juni 2020
 - Alternative zur „einheitlichen Herangehensweise“ der OECD
 - Besteuerung automatisierter digitaler Dienstleistungen (definiert im Entwurf des Art. 12B (4) UN-MA)
 - Zweierlei Möglichkeit zur Besteuerung im Quellenstaat

2. Europäisches Steuerrecht

- **RL-Vorschläge Digitalsteuer und signifikante digitale Präsenz**
 - Keine Weiterentwicklung der RL-Vorschläge
 - Ausarbeitung europäischer Position zu OECD-Vorschlägen

2. Europäisches Steuerrecht

➤ Rechtsprechungsübersicht

- Urteil des EuGH v. 3. März 2020, Rs. C-75/18
- Ungarische Sondersteuer auf Einzelhandel, Telekommunikationstätigkeit und Energielieferung
- Rechtsstreit zwischen Vodafone und ungarischer Finanzbehörde
- Frage der Benachteiligung bestimmter ausländischer Unternehmen
- Unzulässigkeit der Vorlagefrage zu Art. 107 und 108 AEUV
- Vereinbarkeit der Sondersteuer sowohl mit Art. 49 und 54 AEUV als auch Art. 401 MwStSystRL

2. Europäisches Steuerrecht

➤ **Rechtsprechungsübersicht**

- Urteil des EuGH v. 3. März 2020, Rs. C-482/18
- Ungarische Werbsteuer
- Rechtsstreit zwischen Google Ireland und ungarischer Finanzbehörde
- Betrifft Sanktionierung der Anmeldeversäumnis zur Werbsteuer und verfahrensrechtliche Aspekte
- Vereinbarkeit der gesonderten Anmeldepflicht zur Steuer mit Art. 56 AEUV und Art. 41 und 47 der GR-Charta
 - Sanktionierung der Anmeldeversäumnis jedoch nicht vereinbar mit Art. 56 AEUV

2. Europäisches Steuerrecht

- **Beispiele nationaler Digitalsteuern**
 - Österreich: Digitalsteuergesetz (anwendbar ab 1. Januar 2020)
→ 5%ige Steuer auf Umsätze digitaler Werbedienstleister
 - Frankreich: Digitalsteuer (Inkrafttreten: 25. Juli 2019, Anwendung ausgesetzt) → 3%ige Steuer auf Umsätze von Online-Werbe- und -Vermittlungsdienstleistern
 - Spanien: Gesetzentwurf Digitalsteuer (Regierungsbeschluss im Februar 2020) → 3%ige Steuer auf Umsätze aus Online Werbung, Vermittlungsaktivitäten und Verkauf von Nutzerdaten

3. Zusammenfassung und Ausblick

- **„Einheitliche Herangehensweise“ der OECD**
 - Abgrenzung von Einkünften?
 - Vermeidung von Mehrfachbesteuerung?

- **Entwurf des Art. 12B UN-MA**

- **EuGH-Rechtsprechung wenig restriktiv in Hinblick auf unionsrechtliche Vereinbarkeit von sektoralen Sondersteuern**
 - Bedeutung für Digitalsteuern